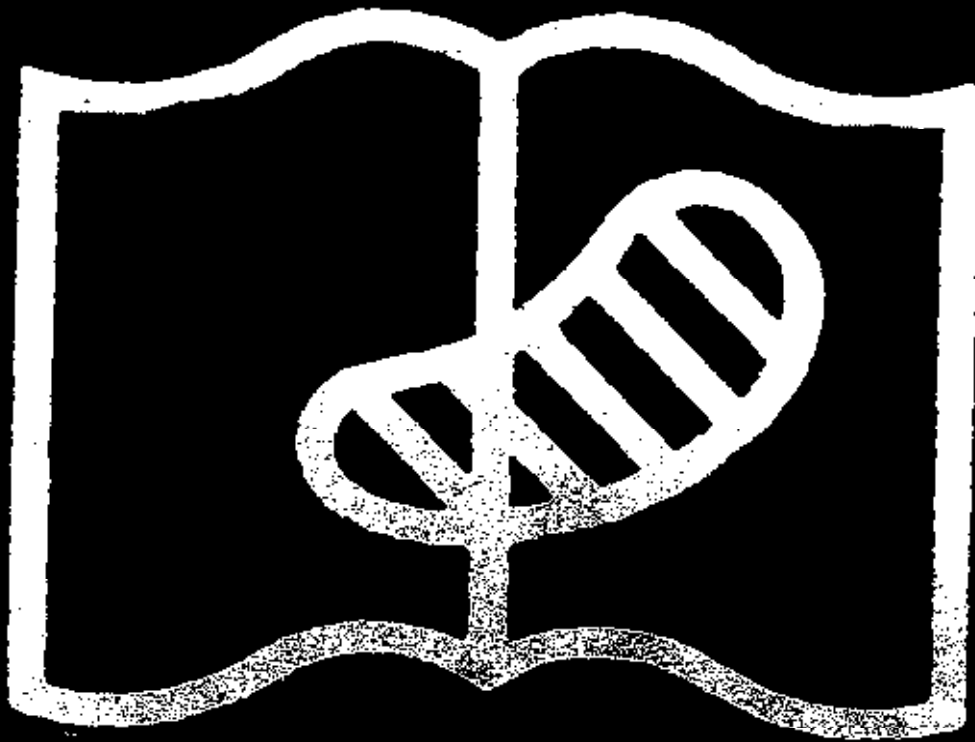


Sozialdemokratischer Pressedienst



die öffentli-
und parla-
enste in be-
nd Ihre ge-
nicht aus-
demokrati-
em Umfang
Weise der
dürftig.

in sich glei-
at des Han-
stift dagegen

dienstlichen
werden.

Offenheit.
er unerfäc-
shalb ist der
schen Aus-
ndienste zu

Kontrolle der
ns der Ge-
wiesen. Das
Parlamenta-
zu einer aus-
Bigkeit noch
führt.

Sozialdemokratischer Pressedienst
Heussallee 2-10, Pressenhaus 1/21
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
mit wertvoller Rohstoff
Kapelleg-Partner



säumt haben, die persönlichen Nöte der heranwachsenden Jugendlichen in persönlicher Weise aufzufangen und damit den Prozeß erst ermöglichen, in dem die neugewonnene Freiheit gegen die Demokratie mißbraucht wird.

Es ist selbstverständlich, daß dort, wo es zu tätlichen Ausschreitungen gegen friedfertige Bürger kommt, Polizei und Justiz die unmittelbare Antwort der Gesellschaft an jene erteilen muß, die in grober Weise die Grundlagen des Zusammenlebens verletzen. Aber in diesem Falle darf Polizei und Justiz nicht die einzige Antwort sein. Die geschichtliche Erfahrung lehrt uns, daß solche Vorgänge den Anfang eines Weges markieren können, an dessen Ende die katastrophale Niederlage der Demokratie steht. Und da, wo die Demokratie in Gefahr ist, muß sich jeder von uns angesprochen fühlen. Daher halte ich für die einzig angemessene Lösung dieses Problems, daß sich alle verantwortlichen und relevanten gesellschaftlichen Gruppierungen zusammensetzen, um gemeinsam herauszufinden, wie das Wuchern undemokratischer und antidemokratischer Erscheinungen im gesellschaftlichen Leben mittel- und langfristig zu verhindern wäre, mit welchen Maßnahmen zu erreichen ist, daß schon die Ansätze zu diesen Prozessen beseitigt werden.

Das Schlimmste an jedem Mord ist der Mord selbst - die Verachtung des Menschenlebens. Terrormörder verachten offensichtlich nicht nur das Leben ihrer Opfer, sie verachten auch die übrigen Menschen, die sie für so dumm halten, daß sie sich mit solchen schändlichen Taten identifizieren können. Einer solchen Einstellung muß die Gesellschaft aus Gründen der reinen Selbsterhaltung vorbeugen. Und in Zeiten gesellschaftlicher Umwälzungen gilt dies noch in weit höherem Maße als in geruhsamen Zeiten. Die Vereinigung wird die in sie gesetzten Hoffnungen nur erfüllen können, wenn heute jeder Einzelne beweist, daß er die Verantwortung übernehmen kann: die Verantwortung für sich, für die Gesellschaft und für die Zukunft. Auch das ist eine Lehre aus der schrecklichen Vergangenheit, deren Andenken zu bewahren wir gerade an Tagen wie dem Heutigen aufgerufen sind.

Ich weiß, es gehört viel Glaubenskraft und Optimismus dazu, in der Welt, wie sie heute aussieht - mit ihrer Intoleranz und ihrer Verbohrtheit, ihren sozialen und machtpolitischen Kämpfen, ihren neu aufgewachten kleinen und großen Nationalismen - eine Vision der besseren Zukunft zu entwickeln. Aber wenn je Völker und Menschen den Glauben daran verlieren würden, wäre es das Ende sinnerfüllter menschlicher Geschichte.

Möge dieser Glaube an Völkerverbundenheit und Solidarität, das Erbe aus dem Sterben der Millionen, der eigentliche Sinn dieser vergangenen schamvollen und brutalen Epoche sein. Geburt und Tod, Glück und Trauer sind allen Menschen gemeinsam. Es ist daher sinnvoll, daß wir uns heute in dieser bewegenden Stunde gemeinsamen Gedenkens jüdischer und nichtjüdischer Menschen, vorbeugen vor allen Toten, die für Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde ihr Leben ließen, in der Hoffnung, daß uns und denen, die nach uns kommen, weitere Tage des Gedenkens an tragische Ereignisse erspart bleiben.

-/22.4.1991/rs/fü)

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21-9038/39
Telex: 885846 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Dr. Alfred Emmerlich
zur Aufgabenstellung
der PKK: Die Geheim-
dienste in der Demo-
kratie.

Seite 1

Gert Weisskirchen MdB
zu den Auseinander-
setzungen in der sow-
jetischen Führung: Wie
entscheidet sich
Gorbatschow?

Seite 3

Klaus Daubertshäuser
MdB zur Zunahme der
tödlichen Verkehrsun-
fälle in den neuen Bun-
desländern: Schnelle
Entscheidung für 0,5-
Promille-Grenze erfor-
derlich.

Seite 3

Dr. Rolf Seebauer MdL
zu einer Initiative der
bayerischen Sozialde-
mokraten: Konversi-
onsprozeß politisch be-
schleunigen.

Seite 4

Dokumentation

Der Förderkreis Darm-
städter Signal e.V. und
der Arbeitskreis Darm-
städter Signal haben
Freiheit, Menschen-
rechte und Selbstbe-
stimmung für das kur-
dische Volk gefordert.
Die Erklärung im Wort-
laut.

Seite 6

46. Jahrgang / 77 / 23. April 1991

Die Geheimdienste in der Demokratie Zur Aufgabenstellung der PKK

Von Dr. Alfred Emmerlich*

Weil die Geheimdienste im Geheimen operieren und damit die öffentliche Kontrolle weitgehend ausgeschaltet und die justizielle und parlamentarische Kontrolle eingeschränkt ist, weil die Geheimdienste in besonders empfindlicher Weise in Grundrechte der Bürger und ihre geschützte Rechtssphäre eingreifen und weil die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden kann, daß Geheimdienste sich der demokratischen Kontrolle entziehen, andererseits weil sie in gewissem Umfang des Geheimnisses bedürfen, sind sie in besonderer Weise der dienstlichen, justiziellen und parlamentarischen Kontrolle bedürftig.

Die dienstliche und die parlamentarische Kontrolle müssen sich gleichermaßen auf die Rechtmäßigkeit und die Zweckmäßigkeit des Handelns der Dienste erstrecken. Die justizielle Kontrolle betrifft dagegen nur die Rechtmäßigkeit.

1. Die dienstliche Kontrolle darf nicht durch den geheimdienstlichen Grundsatz "Wissen nur soweit wie nötig" eingeschränkt werden.
2. Zum Parlamentarismus gehören Öffentlichkeit und Offenheit. Gleichwohl muß bei der parlamentarischen Kontrolle der unerlässliche Geheimdienstschutz für die Dienste gewahrt bleiben. Deshalb ist der Ausweg gesucht worden, besonderen parlamentarischen Ausschüssen die parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste zu übertragen.

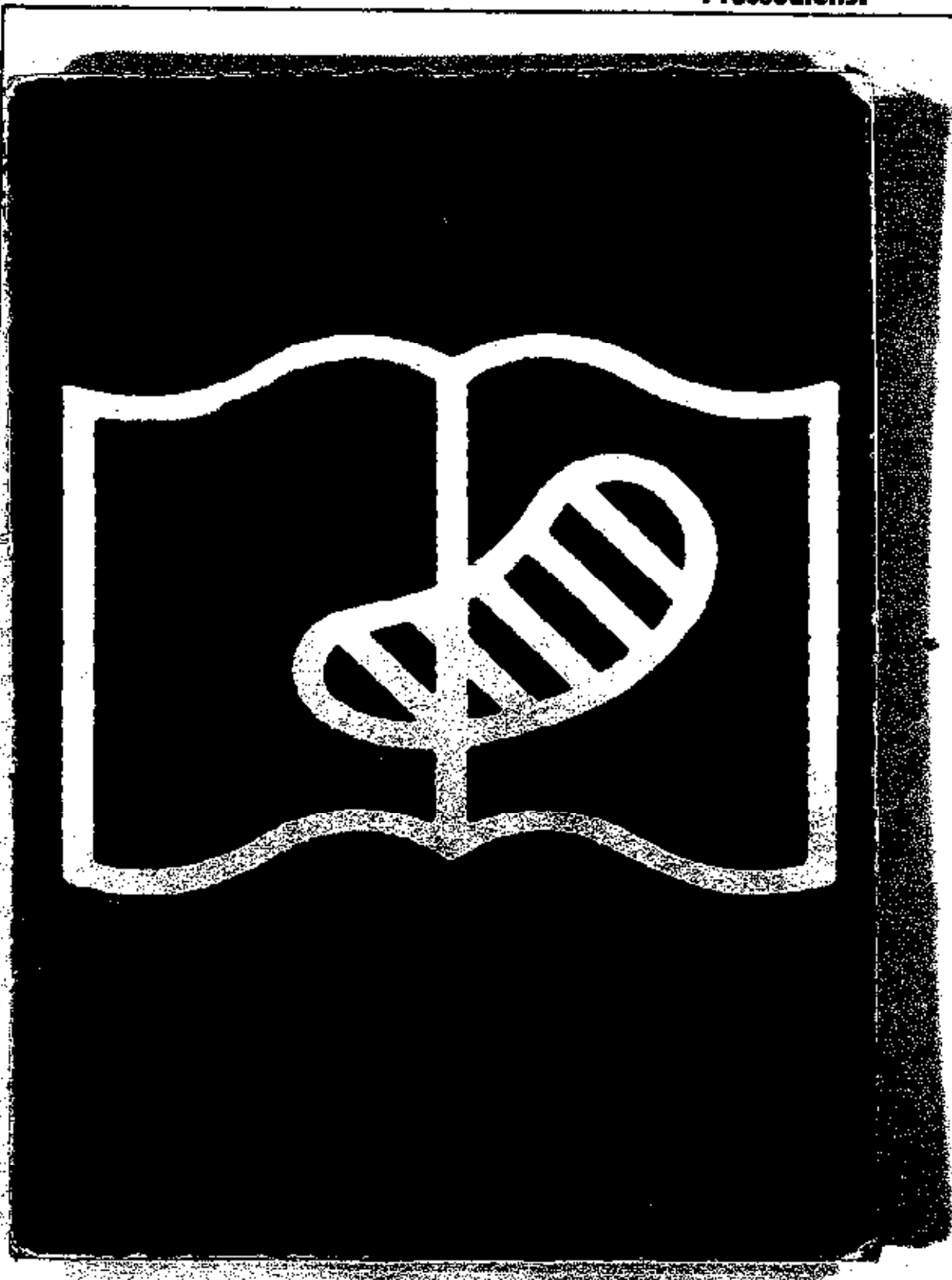
Ob dadurch eine ausreichende parlamentarische Kontrolle der Rechtmäßigkeit und der Zweckmäßigkeit des Handelns der Geheimdienste ermöglicht werden kann, ist bisher nicht erwiesen. Das Vertrauensmänner-Gremium der Adenauer-Zeit und die Parlamentarischen Kontrollkommissionen jedenfalls haben weder zu einer ausreichenden parlamentarischen Kontrolle der Rechtmäßigkeit noch der Zweckmäßigkeit der Tätigkeit der Geheimdienste geführt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag/
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendet Ökopapier
mit 100% Recycling-Papier





- *) Der Autor gehörte in der elften Legislaturperiode der Parlamentarischen Kommission zur Kontrolle der Geheimdienste (PKK) an. Mitglied des Bundestages war der Osnabrücker Rechtsanwalt von 1972 bis 1990; 1990 bis 1987 leitete Dr. Alfred Emmerlich den Arbeitskreis Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion.

(-/23.4.1991/rs/fü)

Wie entscheidet sich Gorbatschow?
Zu den Auseinandersetzungen in der sowjetischen Führung

Von Gert Weisskirchen MdB

Die Betonköpfe treten an zur letzten Schlacht. Abgewehrt werden soll der Verlust der Macht. Er droht dem granitenen Block des militärisch-industriellen Komplexes, der mit dem Apparat der zentrumsorientierten Kader der Kommunisten sich verschworen hat mit der Führung des KGB.

Setzt sich die Erosion der Macht fort, die mit Glasnost und Perestrojka zunächst stürmisch begann, jedoch am massiven Widerstand der Konservativen stagniert, ist es um ihre Privilegien geschehen.

Die Republiken suchen ihren eigenen Weg. Die Demokratie läßt sich nicht mehr aufhalten.

Die entscheidende Frage ist: wie wird sich Michail Gorbatschow entscheiden? Wird er das offene Bündnis suchen mit den wachsenden Kräftepotentialen der sozialen Bewegungen von unten, den legitimen Kindern von Glasnost und Perestrojka?

Wird er die Forderung nach einem 'Runden Tisch' aller demokratischen Strömungen aufgreifen, um über einen offenen Dialog den notwendigen sozialen Konsens auch mit Boris Jelzin zu finden? Wird er ein radikales Konzept der fundamentalen Umgestaltung der Ökonomie verknüpfen mit einer Neuwahl zum Parlament der Sowjetunion?

Kann sein: Michail Gorbatschow hat eine letzte Chance.

(-/23.4.1991/rs/fü)

Schnelle Entscheidung für 0,5-Promille-Grenze erforderlich
Zur Zunahme der tödlichen Verkehrsunfälle in den neuen Bundesländern

Von Klaus Daubertshäuser MdB
Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Wir fordern Bundesverkehrsminister Krause auf, endlich den von uns seit langem angemahnten Gesetzesentwurf zur 0,5 Promille-Grenze vorzulegen.

Seit Wochen kündigt Verkehrsminister Krause einen Gesetzesentwurf zur Einführung einer bundeseinheitlichen 0,5-Promille-Grenze an. Es ist zu fürchten, daß es auch hier wieder nur bei der Ankündigung bleiben wird. Herr Krause hat die Rechnung offensichtlich ohne den Wirt gemacht: Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP zereden in gewohnter Art und Weise das für die Verkehrssicherheit eminent wichtige Vorhaben.

Die strukturelle Unzulänglichkeit der Parlamentarischen Kontrollkommissionen liegt einerseits darin, daß die Kontrolle im wesentlichen nur auf die Informationen gestützt werden kann, die die Exekutive diesen Gremien zuteil werden läßt (daß der Kontrollierte die Katze aus dem Sack läßt, ist im Zweifel nicht anzunehmen) und andererseits darauf, daß in die Parlamentarischen Kontrollkommissionen nur solche Parlamentarier gewählt werden, die ohnehin mit Arbeit überlastet sind und infolgedessen nicht über soviel freie Arbeitskapazität verfügen, daß ihnen eine kontinuierliche und detaillierte Kontrolle möglich ist.

Die Parlamentarischen Kontrollkommissionen müssen also einerseits die Befugnis erhalten, eigene Untersuchungen zur Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit der Tätigkeit der Dienste durchzuführen, ihnen müssen somit die Rechte eines Untersuchungsausschusses einschließlich der besonderen Minderheitenrechte, die für die Einsetzung und die Tätigkeit der Untersuchungsausschüsse bestehen, eingeräumt werden. Die PKK sollte überdies das Recht erhalten, auch einzelne ihrer Mitglieder oder Mitarbeiter mit Untersuchungen zu beauftragen.

Die Parlamentarischen Kontrollkommissionen benötigen andererseits personelle Unterstützung, um ihr Defizit hinsichtlich Arbeitskapazität und fachlicher Kompetenz ausgleichen zu können. Es bietet sich an, den Parlamentarischen Kontrollkommissionen die Befugnis zu geben, den Datenschutzbeauftragten, denen die datenschutzrechtliche Kontrolle der Dienste ohnehin obliegt, Kontrollaufträge allgemeiner und spezieller Art zu erteilen.

3. Die Kontrolltätigkeiten der PKK, der G 10 Kommission sowie des Gremiums zur Haushaltskontrolle der Nachrichtendienste müssen koordiniert werden.
4. Die politische Kontrolle der Dienste bedarf der Ergänzung durch eine Personalpolitik bei den Spitzenämtern, die alle im demokratischen Spektrum relevanten politischen Parteien so beteiligt, daß die Dienste sich auf eine breitere Vertrauensbasis als die jeweiligen Regierungskoalitionen stützen können.
5. Eine ausreichende justizielle Rechtmäßigkeitskontrolle setzt voraus, daß der Ermittlung der Wahrheit nichts in den Weg gelegt wird. Das ist mit dem notwendigen Geheimschutz nicht immer zu vereinbaren. Wird die justizielle Kontrolle mit Rücksicht auf den Geheimschutz behindert, so muß das offengelegt werden. Ob der Geheimschutz eine Einschränkung der Sachverhaltsermittlung durch die Justiz gebietet, darf nicht der alleinigen Entscheidung der Exekutive überlassen, sondern muß letztlich von der Justiz selbst entschieden werden.

Eine Manipulation justizieller Verfahren, wie sie z.B. im Schmücker-Verfahren (und nicht nur in diesem) stattgefunden hat, darf nicht stattfinden und muß unmöglich gemacht werden.

Der Grundsatz 'in dubio pro reo' muß in Strafverfahren und solchen, in denen gegen Bürger Sanktionen verhängt werden können, voll zur Geltung gebracht und in anderen Verfahren, soweit das möglich ist, entsprechend angewendet werden.

Der Personalbestand der Dienste muß entsprechend der veränderten außen- und innenpolitischen Bedrohungslage verringert werden.

*) Der Autor gehörte in der elften Legislaturperiode der Parlamentarischen Kommission zur Kontrolle der Geheimdienste (PKK) an. Mitglied des Bundestages war der Osnabrücker Rechtsanwalt von 1972 bis 1990; 1980 bis 1987 leitete Dr. Alfred Emmerich den Arbeitskreis Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion.

(-/23.4.1991/rs/fü)

Wie entscheidet sich Gorbatschow?
Zu den Auseinandersetzungen in der sowjetischen Führung

Von Gert Weisskirchen MdB

Die Betonköpfe treten an zur letzten Schlacht. Abgewehrt werden soll der Verlust der Macht. Er droht dem granitären Block des militärisch-industriellen Komplexes, der mit dem Apparat der zentrumsorientierten Kader der Kommunisten sich verschworen hat mit der Führung des KGB.

Setzt sich die Erosion der Macht fort, die mit Glasnost und Perestrojka zunächst stürmisch begann, jedoch am massiven Widerstand der Konservativen stagniert, ist es um ihre Privilegien geschehen.

Die Republiken suchen ihren eigenen Weg. Die Demokratie läßt sich nicht mehr aufhalten.

Die entscheidende Frage ist: wie wird sich Michail Gorbatschow entscheiden? Wird er das offene Bündnis suchen mit den wachsenden Kräftepotentialen der sozialen Bewegungen von unten, den legitimen Kindern von Glasnost und Perestrojka?

Wird er die Forderung nach einem "Runden Tisch" aller demokratischen Strömungen aufgreifen, um über einen offenen Dialog den notwendigen sozialen Konsens auch mit Boris Jelzin zu finden? Wird er ein radikales Konzept der fundamentalen Umgestaltung der Ökonomie verknüpfen mit einer Neuwahl zum Parlament der Sowjetunion?

Kann sein: Michail Gorbatschow hat eine letzte Chance.

(-/23.4.1991/rs/fü)

Schnelle Entscheidung für 0,5-Promille-Grenze erforderlich
Zur Zunahme der tödlichen Verkehrsunfälle in den neuen Bundesländern

Von Klaus Daubertshäuser MdB
Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Wir fordern Bundesverkehrsminister Krause auf, endlich den von uns seit langem angemahnten Gesetzesentwurf zur 0,5 Promille-Grenze vorzulegen.

Seit Wochen kündigt Verkehrsminister Krause einen Gesetzesentwurf zur Einführung einer bundeseinheitlichen 0,5-Promille-Grenze an. Es ist zu fürchten, daß es auch hier wieder nur bei der Ankündigung bleiben wird. Herr Krause hat die Rechnung offensichtlich ohne den Wirt gemacht: Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP zerreden in gewohnter Art und Weise das für die Verkehrssicherheit eminent wichtige Vorhaben.

Die Positionen sind dabei von Sachkunde ungetrübt. Wenn zum Beispiel der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Jürgen Rüttgers, behauptet, eine Reduzierung der Alkoholgrenze wäre kein Gewinn an Verkehrssicherheit, widerspricht dies allen wissenschaftlichen Ergebnissen der letzten Jahre. Schon bei der Beratung des 0,8-Promille-Gesetzes hatte das Bundesgesundheitsamt nachgewiesen, daß bereits bei 0,5 Promille die Wahrscheinlichkeit eines Unfalls mit Todesfolge das Zweieinhalbfache gegenüber einem nüchternen Fahrer beträgt, bei 0,8 Promille das Viereinhalbfache.

Angesichts der mittlerweile gestiegenen Anforderungen des Straßenverkehrs liegt das Risiko heute mit Sicherheit noch deutlich höher. Neuere Untersuchungen der Bundesanstalt für Straßenwesen belegen eindeutig, daß schon zwischen 0,3 und 0,5 Promille die Fähigkeit der Kraftfahrer zur Bewältigung komplexerer Verkehrssituationen so deutlich gemindert ist, daß eine erhebliche Gefährdung des Straßenverkehrs vorliegt.

Hinzu kommt das katastrophale Anwachsen der Unfallzahlen in den neuen Bundesländern. Sollte nach den Regelungen des Einigungsvertrages am 31. Dezember 1992 dort die 0,8-Promille-Grenze der alten Bundesrepublik in Kraft treten, weil Minister Krause seine Ankündigungen nicht wahr machen konnte, ist die Katastrophe vorprogrammiert.

Die Sozialdemokraten fordern daher mit allem Nachdruck, die im Interesse der Verkehrssicherheit dringend nötige Rechtsvereinheitlichung der Promille-Grenze nicht weiter hinauszuzögern und zu zerreßen. Sollte die Bundesregierung - wie zu befürchten - ihre Handlungsunfähigkeit beweisen, werden die Sozialdemokraten einen eigenen Antrag im Bundestag einbringen.

(-/23.4.1991/rs/fü)

Konversionsprozeß politisch beschleunigen
Zu einer Initiative der bayerischen Sozialdemokraten

Von Dr. Rolf Seebauer MdL
Wirtschaftspolitischer Sprecher und
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Rüstungskonversion und Truppenabbau der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Die Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Fertigung und der Truppenabbau mit Schließung militärischer Anlagen in Bayern sind wichtige Schwerpunkte der Arbeit der SPD-Landtagsfraktion für die neunziger Jahre. Dieses Zurückdrehen der Rüstungsschraube darf aber nicht zu einem Vakuum, zu schweren Einbrüchen auf dem Arbeitsmarkt und in der Infrastruktur führen.

Um diesen sozial-, struktur- und gesellschaftspolitisch gleichermaßen unverträglichen möglichen Folgen der politisch gewollten Konversion im Rüstungs- und Militärbereich gegenzusteuern, habe ich gemeinsam mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Karl-Heinz Hiersemann, dessen Stellvertreter Rolf Langenberger und dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe "Bundeswehr" Dr. Peter Paul Gantzer einen Maßnahmenkatalog vorgelegt und als Antrag im Landtag eingebracht, der unter anderem einen Konversionsbeirat in Bayern und eine Umschichtung von Mitteln aus dem Verteidigungshaushalt des Bundes für Konversionsmodelle fordert.

Die Bayerische Staatsregierung muß alle ihr zur Verfügung stehenden industriepolitischen und verwaltungstechnischen Möglichkeiten einsetzen, um die Umstellung der bayerischen Unter-

nehmen und Unternehmensteile, die im Rüstungsbereich tätig sind, auf zivile Fertigungslinien politisch zu beschleunigen. Dieses "Credo" wollen wir mit fünf konkreten Maßnahmen stützen. Im einzelnen fordern wir

- die Umschichtung von "Verteidigungs"-Mitteln zur Förderung von Konversions-Modellen:

Der SPD-Antrag fordert die Bayerische Staatsregierung auf, sich im Bundesrat und bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, daß künftig Forschungsmittel aus dem Verteidigungsetat zu Fördermitteln des Bundesministeriums für Forschung und Technologie umgeschichtet werden, um damit schwerpunktmäßig Modellprojekte der Rüstungskonversion zu fördern.

- die Förderung umstellungswilliger Betriebe mit Darlehen und Investitionszuschüssen:

Die Bayerische Staatsregierung soll mit Haushaltsmitteln des Freistaates in Form von zinsverbilligten Darlehen und Investitionszuschüssen jene bayerische Firmen, die eine Diversifikation der Fertigung auf zivile Produktlinien anstreben, unterstützen.

- die Unterstützung von Forschung und Wissenschaft bei der Konversion:

Die Bayerische Staatsregierung soll finanziell und materiell die Bildung kooperativer Arbeitsgemeinschaften auf regionaler und kommunaler Ebene zwischen Forschung und Wissenschaft, kommunaler Verwaltung und Firmen im Rüstungsbereich unterstützen. Diese Arbeitsgemeinschaften sollen örtlich erfolgversprechende Konzepte der Umstellung vorhandener Produktionsmöglichkeiten auf sozial und ökologisch nützliche Produktionsfelder - wie beispielsweise Umweltschutz, öffentlicher Nahverkehr, Energiesektor und Wohnungsbau - erarbeiten. Weiter sollen sie Vorschläge für Ausgleichsmaßnahmen zur Umstrukturierung von Standorten, die künftig von der Schließung bzw. Reduzierung militärischer Einrichtungen betroffen sind, vorlegen.

- einen "Konversionsbeirat":

Beim bayerischen Wirtschaftsministerium soll ein Konversionsbeirat eingerichtet werden. Dieser Beirat soll die Staatsregierung in Fragen der Rüstungs- und Standortkonversion beraten und den Landtag unterrichten. Die Ergebnisse der Beiratsarbeit sind der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Der Konversionsbeirat soll sich aus VertreterInnen der Landtagsfraktionen, der Staatsverwaltungen, der mit Rüstungsgütern befaßten Firmen, der Gewerkschaften, der Bundesanstalt für Arbeit und der Wissenschaft zusammensetzen.

- Rechenschaft über "Konversionsansätze" gegenüber dem Parlament:

Der Bayerische Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr wird aufgefordert, jährlich dem Landtag einen Bericht über die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung der im Rüstungssektor tätigen Unternehmen und über den Stand der eingeleiteten und geplanten Konversionsschritte zu erstatten.

(/23.4.1991/rs/ft)

Die Positionen sind dabei von Sachkunde ungetrübt. Wenn zum Beispiel der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Jürgen Rüttgers, behauptet, eine Reduzierung der Alkoholgrenze wäre kein Gewinn an Verkehrssicherheit, widerspricht dies allen wissenschaftlichen Ergebnissen der letzten Jahre. Schon bei der Beratung des 0,8-Promille-Gesetzes hatte das Bundesgesundheitsamt nachgewiesen, daß bereits bei 0,5 Promille die Wahrscheinlichkeit eines Unfalls mit Todesfolge das Zweieinhalbfache gegenüber einem nüchternen Fahrer beträgt, bei 0,8 Promille das Viereinhalbfache.

Angesichts der mittlerweile gestiegenen Anforderungen des Straßenverkehrs liegt das Risiko heute mit Sicherheit noch deutlich höher. Neuere Untersuchungen der Bundesanstalt für Straßenwesen belegen eindeutig, daß schon zwischen 0,3 und 0,5 Promille die Fähigkeit der Kraftfahrer zur Bewältigung komplexerer Verkehrssituationen so deutlich gemindert ist, daß eine erhebliche Gefährdung des Straßenverkehrs vorliegt.

Hinzu kommt das katastrophale Anwachsen der Unfallzahlen in den neuen Bundesländern. Sollte nach den Regelungen des Einigungsvertrages am 31. Dezember 1992 dort die 0,8-Promille-Grenze der alten Bundesrepublik in Kraft treten, weil Minister Krause seine Ankündigungen nicht wahr machen konnte, ist die Katastrophe vorprogrammiert.

Die Sozialdemokraten fordern daher mit allem Nachdruck, die im Interesse der Verkehrssicherheit dringend nötige Rechtsvereinheitlichung der Promille-Grenze nicht weiter hinauszuzögern und zu zerreden. Sollte die Bundesregierung - wie zu befürchten - ihre Handlungsunfähigkeit beweisen, werden die Sozialdemokraten einen eigenen Antrag im Bundestag einbringen.

(-/23.4.1991/rs/fü)

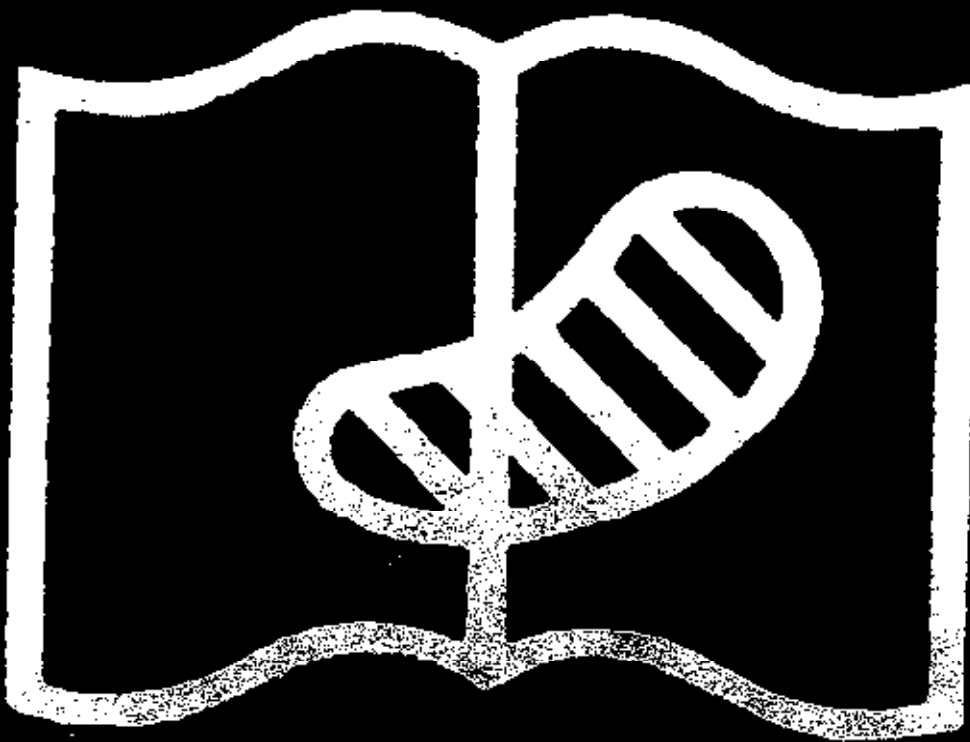
Konversionsprozeß politisch beschleunigen
Zu einer Initiative der bayerischen Sozialdemokraten

Von Dr. Rolf Seebauer MdL,
Wirtschaftspolitischer Sprecher und
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Rüstungskonversion und Truppenabbau der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Die Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Fertigung und der Truppenabbau mit Schließung militärischer Anlagen in Bayern sind wichtige Schwerpunkte der Arbeit der SPD-Landtagsfraktion für die neunziger Jahre. Dieses Zurückdrehen der Rüstungsschraube darf aber nicht zu einem Vakuum, zu schweren Einbrüchen auf dem Arbeitsmarkt und in der Infrastruktur führen.

Um diesen sozial-, struktur- und gesellschaftspolitisch gleichermaßen unverträglichen möglichen Folgen der politisch gewollten Konversion im Rüstungs- und Militärbereich gegenzusteuern, habe ich gemeinsam mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Karl-Heinz Hiersemann, dessen Stellvertreter Rolf Langenberger und dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe "Bundeswehr" Dr. Peter Paul Gantzer einen Maßnahmenkatalog vorgelegt und als Antrag im Landtag eingebracht, der unter anderem einen Konversionsbeirat in Bayern und eine Umschichtung von Mitteln aus dem Verteidigungshaushalt des Bundes für Konversionsmodelle fordert.

Die Bayerische Staatsregierung muß alle ihr zur Verfügung stehenden industriepolitischen und verwaltungstechnischen Möglichkeiten einsetzen, um die Umstellung der bayerischen Unter-



Die Positionen sind dabei von Sachkunde ungetrübt. Wenn zum Beispiel der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Jürgen Rüttgers, behauptet, eine Reduzierung der Alkoholgrenze wäre kein Gewinn an Verkehrssicherheit, widerspricht dies allen wissenschaftlichen Ergebnissen der letzten Jahre. Schon bei der Beratung des 0,8-Promille-Gesetzes hatte das Bundesgesundheitsamt nachgewiesen, daß bereits bei 0,5 Promille die Wahrscheinlichkeit eines Unfalls mit Todesfolge das Zweieinhalbfache gegenüber einem nüchternen Fahrer beträgt, bei 0,8 Promille das Viereinhalbfache.

Angesichts der mittlerweile gestiegenen Anforderungen des Straßenverkehrs liegt das Risiko heute mit Sicherheit noch deutlich höher. Neuere Untersuchungen der Bundesanstalt für Straßenwesen belegen eindeutig, daß schon zwischen 0,3 und 0,5 Promille die Fähigkeit der Kraftfahrer zur Bewältigung komplexerer Verkehrssituationen so deutlich gemindert ist, daß eine erhebliche Gefährdung des Straßenverkehrs vorliegt.

Hinzu kommt das katastrophale Anwachsen der Unfallzahlen in den neuen Bundesländern. Sollte nach den Regelungen des Einigungsvertrages am 31. Dezember 1992 dort die 0,8-Promille-Grenze der alten Bundesrepublik in Kraft treten, weil Minister Krause seine Ankündigungen nicht wahr machen konnte, ist die Katastrophe vorprogrammiert.

Die Sozialdemokraten fordern daher mit altem Nachdruck, die im Interesse der Verkehrssicherheit dringend nötige Rechtsvereinheitlichung der Promille-Grenze nicht weiter hinauszuzögern und zu zerreden. Sollte die Bundesregierung - wie zu befürchten - ihre Handlungsunfähigkeit beweisen, werden die Sozialdemokraten einen eigenen Antrag im Bundestag einbringen.

(-/23.4.1991/rs/f0)

Konversionsprozeß politisch beschleunigen
Zu einer Initiative der bayerischen Sozialdemokraten

Von Dr. Rolf Seebauer MdL
Wirtschaftspolitischer Sprecher und
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Rüstungskonversion und Truppenabbau der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Die Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Fertigung und der Truppenabbau mit Schließung militärischer Anlagen in Bayern sind wichtige Schwerpunkte der Arbeit der SPD-Landtagsfraktion für die neunziger Jahre. Dieses Zurückdrehen der Rüstungsschraube darf aber nicht zu einem Vakuum, zu schweren Einbrüchen auf dem Arbeitsmarkt und in der Infrastruktur führen.

Um diesen sozial-, struktur- und gesellschaftspolitisch gleichermaßen unverträglichen möglichen Folgen der politisch gewollten Konversion im Rüstungs- und Militärbereich gegenzusteuern, habe ich gemeinsam mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Karl-Heinz Hiersemann, dessen Stellvertreter Rolf Langenberger und dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe "Bundeswehr" Dr. Peter Paul Gantzer einen Maßnahmenkatalog vorgelegt und als Antrag im Landtag eingebracht, der unter anderem einen Konversionsbeirat in Bayern und eine Umschichtung von Mitteln aus dem Verteidigungshaushalt des Bundes für Konversionsmodelle fordert.

Die Bayerische Staatsregierung muß alle ihr zur Verfügung stehenden industriepolitischen und verwaltungstechnischen Möglichkeiten einsetzen, um die Umstellung der bayerischen Unter-

nehmen und Unternehmensteile, die im Rüstungsbereich tätig sind, auf zivile Fertigungslinien politisch zu beschleunigen. Dieses "Credo" wollen wir mit fünf konkreten Maßnahmen stützen. Im einzelnen fordern wir

- die Umschichtung von "Verteidigungs"-Mitteln zur Förderung von Konversions-Modellen:

Der SPD-Antrag fordert die Bayerische Staatsregierung auf, sich im Bundesrat und bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, daß künftig Forschungsmittel aus dem Verteidigungsetat zu Fördermitteln des Bundesministeriums für Forschung und Technologie umgeschichtet werden, um damit schwerpunktmäßig Modellprojekte der Rüstungskonversion zu fördern.

- die Förderung umstellungswilliger Betriebe mit Darlehen und Investitionszuschüssen:

Die Bayerische Staatsregierung soll mit Haushaltsmitteln des Freistaates in Form von zinsverbilligten Darlehen und Investitionszuschüssen jene bayerische Firmen, die eine Diversifikation der Fertigung auf zivile Produktlinien anstreben, unterstützen.

- die Unterstützung von Forschung und Wissenschaft bei der Konversion:

Die Bayerische Staatsregierung soll finanziell und materiell die Bildung kooperativer Arbeitsgemeinschaften auf regionaler und kommunaler Ebene zwischen Forschung und Wissenschaft, kommunaler Verwaltung und Firmen im Rüstungsbereich unterstützen. Diese Arbeitsgemeinschaften sollen örtlich erfolgversprechende Konzepte der Umstellung vorhandener Produktionsmöglichkeiten auf sozial und ökologisch nützliche Produktionsfelder - wie beispielsweise Umweltschutz, öffentlicher Nahverkehr, Energiesektor und Wohnungsbau - erarbeiten. Weiter sollen sie Vorschläge für Ausgleichsmaßnahmen zur Umstrukturierung von Standorten, die künftig von der Schließung bzw. Reduzierung militärischer Einrichtungen betroffen sind, vorlegen.

- einen "Konversionsbeirat":

Beim bayerischen Wirtschaftsministerium soll ein Konversionsbeirat eingerichtet werden. Dieser Beirat soll die Staatsregierung in Fragen der Rüstungs- und Standortkonversion beraten und den Landtag unterrichten. Die Ergebnisse der Beiratsarbeit sind der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Der Konversionsbeirat soll sich aus VertreterInnen der Landtagsfraktionen, der Staatsverwaltungen, der mit Rüstungsgütern befaßten Firmen, der Gewerkschaften, der Bundesanstalt für Arbeit und der Wissenschaft zusammensetzen.

- Rechenschaft über "Konversionsansätze" gegenüber dem Parlament:

Der Bayerische Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr wird aufgefordert, jährlich dem Landtag einen Bericht über die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung der im Rüstungssektor tätigen Unternehmen und über den Stand der eingeleiteten und geplanten Konversionsschritte zu erstatten.

(-/23.4.1991/rs/fü)

DOKUMENTATION

Darmstädter Signal: Selbstbestimmung für Kurden

Der Förderkreis Darmstädter Signal e.V. und der Arbeitskreis Darmstädter Signal haben Freiheit, Menschenrechte und Selbstbestimmung für das kurdische Volk gefordert. Die Erklärung im Wortlaut:

1. Krieg und die Eskalation militärischer Gewalt - wie im sog. Golfkrieg praktiziert - lösen keine Probleme, sondern schaffen zusätzliche.

Der Einsatz militärischer Gewalt geht immer im Wesentlichen zu Lasten der Zivilbevölkerung; jetzt

- zu Lasten der kuwaitischen Zivilbevölkerung
- zu Lasten der irakischen Zivilbevölkerung.

2. Wer die schiitischen und kurdischen Volksgruppen zum Umsturz der irakischen Regierung animiert trägt Mitverantwortung für die Folgen. Deshalb haben alle Golf-Alliierten die Pflicht, den Schiiten und dem kurdischen Volk mit gleicher - politischer, wirtschaftlicher und humanitärer - Kraftanstrengung zu helfen, wie sie bereit waren, militärischen Einsatz zu praktizieren.

3. Die irakische Regierung ist mit allen politischen Möglichkeiten dazu anzuhalten, die Vernichtung ganzer Bevölkerungsgruppen zu beenden.

4. Die Menschenrechte des kurdischen Volkes müssen auch gegenüber der Türkei - die die flüchtenden Kurden hoch oben in den Bergen umkommen läßt und die Kurden im eigenen Land ebenfalls unterdrückt - durchgesetzt werden.

Solange in der Türkei keine Demokratie besteht und die Verwirklichung der Menschenrechte massiv eingeschränkt ist, kann sie weder Mitglied in der EG werden noch Mitglied in der NATO bleiben und hat auch keinen Anspruch auf Beistandspflicht der anderen NATO-Länder.

5. Wir fordern die sofortige Einberufung einer Nahost-Abrüstungs-Konferenz und den Stop aller Waffenlieferungen in diese Region.

6. Wir fordern die Bundesregierung auf, in ihrem Bemühen nicht nachzulassen, sich für die Freiheit, Menschenrechte und Selbstbestimmung des kurdischen Volkes einzusetzen!

(-/23.4.1991/rs/fü)
